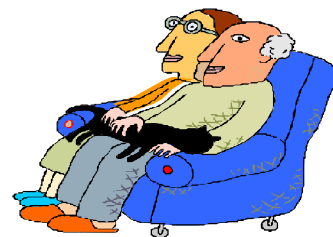


Jetzt auch noch RentnerInnen in sozialer Hängematte??



Immer wieder machen PolitikerInnen, WirtschaftexpertInnen und etliche JournalistInnen, vor allem die der BILD-Zeitung, gegen die vorgeblich im Überfluss schwelgenden RentnerInnen mobil. Aufhänger war in jüngster Zeit ein Gesetz, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV-Renten) – auch bei sinkenden Löhnen – in Zukunft nicht ebenfalls absinken: **das Rentengarantiegesetz**. Minister zu Guttenberg (CSU) wie auch der ehemalige Finanzminister Steinbrück (SPD) äußerten **massive Bedenken gegen dieses Gesetz**. Es werde dazu führen, dass junge Menschen, die eine Familie gründen wollen, zu finanziellen Opfern gezwungen würden. Die Argumentation folgt der Logik: Irgendwo muss das Rentengeld wieder eingespart werden, und da fallen den genannten Politikern offenbar lediglich junge Erwachsene/Familien ein, d.h. die beschlossene Bestandsgarantie muss bei Geldknappheit ihrer Meinung nach ggf. zu Lasten der jungen Generation gehen.

Zum Rentenreichtum in Deutschland ist folgendes zu sagen:

Die *GRV-Renten der rund 20 Millionen SozialversicherungsrentnerInnen* sind nicht hoch, sondern in der Regel eher bescheiden. Die nach 45 Erwerbsarbeitsjahren theoretisch *maximal erreichbare Rente* eines sogenannten «Eckrentners» lag 2008 bei etwa 2.140 Euro West und 1.880 Euro Ost. Brutto, wohlgemerkt, Steuern und Sozialabgaben müssen noch abgezogen werden. Nur wenige tausend AltersrentnerInnen erhalten eine Rente von mehr als 2.000 Euro (35.300, unter ihnen 500 Frauen). Millionen RentnerInnen dagegen haben kleine Renten. Die Durchschnittsrente von Frauen liegt derzeit bei 470 Euro, die von Männern bei 970 Euro West (Ost: 670/1040 Euro) mit sinkender Tendenz, wahrlich keine Spitzenbezüge, die man senken könnte – im Gegensatz zu den Einkommen und Versorgungsbezügen von PolitikerInnen und ParlamentarierInnen. 8,5 Millionen AltersrentnerInnen (ab 65 Jahre), d.h. rd. jede(r) zweite AltersrentnerIn, und 340.000 dauerhaft vollzeitberufsgeminderte RentnerInnen unter 65 Jahre erhalten Renten unterhalb bzw. bis zur Höhe von Hartz IV, hiervon benötigen etwa 400.000 AltersrentnerInnen und 350.000 dauerhaft vollzeitberufsgeminderte RentnerInnen unter 65 Jahren, zusammen also 750.000 Personen (ohne ZeitrentnerInnen!; Stand 2007), Grundsicherung in Höhe von Hartz IV, ohne Chance, dieser finanziellen Situation noch einmal zu entkommen, da sie alt und/oder krank sind. **Unter den jährlichen Rentenneuzugängen nimmt der Anteil der Beziehenden von Grundsicherung mittlerweile im zweistelligen Bereich zu.** Wenn es dennoch einer absolut großen Zahl von RentnerInnen immer noch vergleichsweise gut geht, so u.a. deshalb, weil sie **1.** im Gegensatz zu heutigen Beschäftigten *durchgehende Erwerbsbiografien* hatten: Sie haben in Zeiten der *Vollbeschäftigung* gearbeitet und hatten *Ganztagsjobs* (aber auch noch die 48-Stunden-Woche!) mit *existenzsichernden Löhnen*, was bei einer *verantwortungsvollen Gesellschaftspolitik* ja auch der Normalfall sein sollte; **2.** nicht alle RentnerInnen mit einer Rente bis Hartz-IV-Niveau benötigen Grundsicherung, weil *bei berufsbedingter Frühinvalidität Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung bis zum Lebensende* gezahlt werden bzw. **3.** weil Gewerkschaften *betriebliche Zusatzrenten* (betriebliche Altersrente) erstritten haben, die die gesetzlichen Renten «aufstocken». Immer dann freilich, wenn die GRV-Rente gesenkt wird, werden die gewerkschaftlichen Errungenschaften gleichsam per Gesetz und Parlamentsbeschluss gemindert bzw. gänzlich zunichte gemacht.

Die Rentenansprüche werden auf Vorschlag von Arbeitgebern/Versicherungswirtschaft seit 2001, ohne wirtschaftliche Notwendigkeit, per «Riester-, Nachhaltigkeits- und Nachfolgegesetz» zurückgefahren:

1. Es hat hierdurch mehrere Jahre hintereinander keine oder lediglich minimale Rentenerhöhungen gegeben, was einer *Renten Kürzung* gleichkommt; auch die Rentenerhöhung des Jahres 2008 (1,1%) lag unterhalb der Inflationsrate von rd. 2,2%, was ebenfalls eine Rentenkürzung bedeutet; allein die Rentenerhöhung von 2009 (2,41% West, 3,38% Ost) liegt wegen der ungewöhnlich niedrigen Inflationsrate in diesem Jahr über dem Preisindikator und erbringt damit – zumindest theoretisch – (Viele preisreduzierte Güter werden von RentnerInnen gar nicht gekauft.) eine leichte Rentenerhöhung, die allerdings die Verluste der letzten Jahre nicht wettmacht. Für die nächsten Jahre sind wieder «Null-Runden» angekündigt, die die unzulängliche Rentenerhöhung von 2009 annullieren werden.
2. Die durch die Gesetzgebung seit 2001 *gesenkten Rentenansprüche der Sozialversicherten* erbringen spezifischen Gruppen/Institutionen konkrete Vorteile. **Zu den Nutznießern der neoliberalen Ren-**

tenpolitik gehören: **private Arbeitgeber und der Staat als Arbeitgeber** (Haushaltsentlastung), **Privatversicherungen**, die seit 2001 12,6 Millionen steuergeförderte Zusatzversicherungen (Riesterrenten) mit Beschäftigten abschließen konnten und **nicht-sozialversicherungspflichtige BürgerInnen**, denen die bei den Renten (Rentenkasse wird aus Beiträgen und Steuern finanziert) eingesparten Gelder als Steuersenkung zugute kommen, z.B. Spitzenverdiener, Unternehmer, Betriebserben bzw. **BürgerInnen, denen Steuern auf Teile ihres Besitzes auch weiterhin gänzlich erspart bleiben**: durch Verzicht auf die Wiedereinführung von Vermögenssteuer und Börsenumsatzsteuer bei Aktienkauf/-verkauf. Eine solche Politik nennt man gemeinhin **«Umverteilung von unten nach oben»**.

3. **Eines sei in jedem Fall klargestellt: Wenn es Millionen jungen Erwachsenen/Familien**, aber auch Kindern, Kranken, Behinderten, MigrantInnen, politischen Flüchtlingen, Arbeitslosen und zahlreichen Beschäftigten in Deutschland gegenwärtig **schlecht geht** (um gleich sämtliche diskriminierten Gruppen beim Namen zu nennen, auch wenn die letzteren weder Minister zu Guttenberg noch etliche andere PolitikerInnen sonderlich zu interessieren scheinen), **dann nicht deshalb, weil es RentnerInnen gut geht. Der Graben in dieser Gesellschaft verläuft** nämlich nicht zwischen alten und jungen Menschen (Arbeitslosen und Beschäftigten, Singles und Familien, Gesunden und Kranken, Deutschen und Ausländern), sondern **zwischen Reichen und Armen** – und wurde von SPD, CDU/CSU, FDP sowie Grünen und damit auch von zu Guttenberg und Steinbrück in den letzten Jahren beharrlich vertieft. Von dieser Gegebenheit sollen **Scheindebatten über Luxusrenten**, aber auch über *Arbeitslose in sozialen Hängematten, doktorhoppende Kranke, «Wirtschaftsflüchtlinge»* und *im Reichtum schwelgende Singles* (eine alleinstehende Verkäuferin mit 400-Euro-Job??) mutmaßlich ablenken.
4. **Man kann es deshalb gar nicht oft genug sagen: Deutschland ist ein reiches Land**, dessen Reichtum freilich extrem ungleich verteilt ist. **Der Reichtum verdoppelt sich – im Gegensatz zu den real sinkenden Löhnen, Renten und Hartz IV-Bezügen – alle 10 Jahre**, manchmal geht es schneller. Verortet wird er aber nicht bei Menschen mit Spitzeneinkommen, Unternehmen, Vermögen, Aktien-, Häuser-, Grund- und anderem Besitz, sondern ausgerechnet bei GRV-RentnerInnen, die immerhin 35 – 45 Erwerbsjahre abgeleistet und «unseren» gegenwärtigen Wohlstand erst erarbeitet haben – und bei vielen anderen Sozialgruppen, die Reichtum nicht einmal vom Hörensagen kennen.
5. Wenn **Herr zu Guttenberg (CSU), Herr Steinbrück (SPD) und viele andere BürgerInnen**, die ähnlich denken wie die genannten Politiker also jungen Erwachsenen helfen wollen, dann müssen sie das tun, was ihnen schwer zu fallen scheint: **Sie müssen Teilen lernen.** *Ein Finanzminister welcher Partei auch immer muss z.B. die Aufgabe erfüllen, für die er vor allem von abhängig Beschäftigten und zwischenzeitlich auch RentnerInnen per Steuer bezahlt wird:* **das bundesdeutsche Steuerrecht umsetzen**, Personalausdünnung in Finanzämtern beenden!, Steuerhinterziehung unterbinden, **Steuererhöhungen für Wohlhabende** (Spitzen-, Vermögens-, Erbschafts-, Unternehmens-, Börsenumsatzsteuer) **und Steuersenkungen für Einkommensarme durchsetzen**, doppelt soviel Steuern wie heute einziehen (s. Schweden) **und per Steuerpolitik, mit Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst und der Schaffung öffentlich finanzierter Arbeitsplätze**, nicht nur die Finanzierbarkeit auskömmlicher Renten der heutigen wie zukünftigen Generation (und eine *Mindestrente* von z.B. 1.000 Euro) sicherstellen, sondern vor allem **für eine gerechte Geldverteilung in Deutschland sorgen**. Genau das aber soll offenbar vermieden werden. Andererseits: Wie sollte z.B. die *Wiedererhöhung des Spitzensteuersatzes* auch von Politikern erwartet werden können, die finden, dass ein Ministergehalt von 9.000 Euro netto/Monat zu klein ist: **Peer Steinbrück (SPD)**. Und wie sollte z.B. die *Wiedereinführung der Vermögenssteuer* von Politikern erwartet werden können, die selber vermögend sind: **Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU)**. Zwar gibt es Menschen, die *Gemeinwohl vor Privilegien* setzen, aber sie sind in unserer Gesellschaft Ausnahmereisende: **44 Vermögende engagieren sich zur Zeit für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer**: www.appell-vermoegensabgabe.de

Was aber RentnerInnen anbelangt, um noch einmal auf diese beharrlich diskreditierte Bevölkerungsgruppe zurückzukommen: Diejenigen RentnerInnen, für die es überhaupt machbar ist, verteilen schon heute kräftig um, «von alt zu jung», und zwar in einem jährl. Umfang von 30 Mrd. Euro, ganz ohne Intervention von PolitikerInnen.